

OA-UPDATE RECOVERY UKRAINE

OA-Update 28 | 03. Dezember 2025



SERVICE
DESK
UKRAINE
powered by Ost-Ausschuss

Im neuen Update haben wir für Sie die wichtigsten Entwicklungen seit Mitte Oktober für Sie zusammengefasst. Im genannten Zeitraum überschlugen sich die Ereignisse. Nach bekannt werden eines großen Korruptionsskandals gab es in der Ukraine eine Reihe von Rücktritten und Entlassungen. Zuletzt räumte nach der Energieministerin und

dem Justizminister auch der Präsidentenberater Andrij Jermak seinen Posten.

Parallel sorgte US-Präsident Donald Trump mit einem neuen 28-Punkte-Friedensplan für Diskussionen. Der Vorschlag sieht eine dauerhafte Neutralität der Ukraine sowie den Verzicht auf einen NATO-Beitritt und von Russland beanspruchte Gebiete in der Ost-Ukraine vor. Kritiker warnen, dass die vorgesehenen Sicherheitsregelungen die militärische Handlungsfähigkeit Kiews stark einschränken würden. Inzwischen konnten die Europäer Änderungen am Vorschlag durchsetzen, Verhandlungen laufen. Unterdessen verstärkte Russland seine Angriffe auf ukrainische Großstädte und insbesondere die Energieinfrastruktur. Auch die Hauptstadt Kyjiw ist von großen Einschränkungen in der Stromversorgung betroffen.

Parallel dazu verschärften die EU, die USA und Großbritannien Ende Oktober den Druck auf Russland. Die EU-Staats- und Regierungschefs einigten sich in Brüssel auf ein 19. Sanktionspaket, während die USA und Großbritannien zusätzliche Maßnahmen gegen russische Ölkonzerne beschlossen.

Vom 12. bis 14. November fand in Warschau die Fachmesse „Rebuild Ukraine“ statt. Zudem reisten Wirtschaftsministerin Katherina Reiche und Entwicklungsministerin Reem Alabali Radovan erstmals nach Kyjiw. Sie kündigten zusätzliche 30 Millionen Euro für die beschädigte Energieinfrastruktur an und Lieferungen von Transformatoren und Umspannwerken beschleunigen zu wollen. Deutschland unterstützt den „Ukraine Energy Support Fund“ bereits mit 390 Millionen Euro und setzt auf enge Kooperationen mit der deutschen Energie- und Rüstungswirtschaft. Hier die Themen des Updates in der Übersicht:

- [AG „Ukraine“ des Ost-Ausschusses](#)
- [Wirtschaftspolitik](#)
- [Konjunktur](#)
- [Termine](#)
- [Angebote für deutsche Unternehmen](#)
- [Projekte und Kooperationen](#)
- [Tipps & Links](#)

AG „Ukraine“ des Ost-Ausschusses

Wiederaufbau in der Ukraine: Deutsche Wirtschaft muss stärker Präsenz zeigen

Bei der jüngsten Sitzung des Ost-Ausschuss-Arbeitskreises Ukraine am 17. November ging es um eine offene Bestandsaufnahme aktueller Entwicklungen. Dabei zeigte sich weiterhin ein sehr gemischtes Bild: Einerseits wird die Ukraine aktuell innenpolitisch durch einen großen Korruptionsskandal im Energiesektor erschüttert, andererseits zeigt sich das Land trotz verstärkter russischer Angriffe weiterhin überaus resilient und kann eine stabile Wirtschaftsentwicklung mit einem hochinnovativen Rüstungssektor vorweisen.

Neben Heiko Thoms, dem neuen deutschen Botschafter in Kyjiw, hörten die rund 70 Teilnehmenden des Webinars Berichte von Torsten Wöllert, Minister Counsellor für das Thema Energie in der EU-Delegation in der Ukraine, sowie Reiner Perau, Geschäftsführer der AHK Kyjiw.

Die folgenden Botschaften kristallisierten sich am Ende der Arbeitskreis-Sitzung heraus:

- Die Ukraine zeigt trotz des Krieges weiterhin eine beeindruckende Resilienz – wirtschaftlich, technologisch und gesellschaftlich.
- Die westliche Ukraine erlebt rund um Lemberg eine deutliche Zunahme von Wirtschaftsdelegationen und Investitionsprojekten. Vor allem Unternehmen aus der Türkei, Dänemark, den USA, Frankreich und Österreich zeigen sich sehr aktiv. Deutsche Unternehmen sollten deshalb ihre Sichtbarkeit verstärken, um sich für die Zeit nach einem Friedensschluss in eine gute Ausgangsposition zu bringen.
- Nach dem Korruptionsskandal um einen Vertrauten von Präsident Selenskyj bemüht sich die ukrainische Regierung offensiv um Aufklärung und will verlorenes Vertrauen zurückgewinnen.
- Ein großes Problem in der Ukraine bleibt dabei die hohe Staatsquote von über 70 Prozent. Diese begünstigt wiederum korrupte Netzwerke und muss dringend abgesenkt werden.
- Die ausländischen Geberländer müssen hier den Druck hochhalten, um endlich verlässliche Fortschritte zu erreichen. Dies könne dann auch zu transparenteren Ausschreibungsbedingungen führen, die von Unternehmen weiterhin angemahnt werden.

Zum Thema Korruptionsbekämpfung wurde auf das Beispiel des EU-Landes Litauen verwiesen. Dieses litt in den 1990er Jahren selbst lange unter korrupten sowjetischen Strukturen. Es gelang, diese zu überwinden, indem handelnde Akteure versetzt und Netzwerke aufgelöst wurden.

Gelobt wurde die hohe Innovationsfähigkeit des ukrainischen Rüstungssektors. Hier entstehe perspektivisch ein Exportsektor, von dem gerade die EU in Zukunft profitieren könne.

Ein Kritikpunkt war die immer noch große Zurückhaltung bei Reisen in die Ukraine: Einerseits warnte die Bundesregierung leider pauschal von Reisen in die Ukraine, ohne zwischen Landesteilen zu unterscheiden. Dies mache es Unternehmen nicht einfach.

Mitarbeiter zu entsenden. Andererseits hätte es dann die Politik bei den jüngsten Reisen der Ministerinnen für Wirtschaft (Reiche) und wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (Alabali-Radovan) versäumt, gemeinsam mit Wirtschaftsverbänden Unternehmen breiter einzubinden. Andere Länder wie Österreich oder Dänemark seien hier deutlich aktiver.

Public-Private-Partnerships (PPP) werden für deutsche Investoren immer wichtiger

Am 24.11. haben Ost-Ausschuss/Service Desk Ukraine und GOLAW gemeinsam eine Veranstaltung zum Thema „Public Private Partnerships“ organisiert, die von mehr als 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmern besucht wurde. Für internationale Unternehmen, die Partnerschaften mit der Ukraine anstreben, ist es wichtig, die Dynamik dahinter zu verstehen. Über das Kapital hinaus bieten PPPs einen strukturierten Ansatz für den Wiederaufbau und die Modernisierung bei Risikoteilung. Dies steht im Einklang mit dem Bestreben der Ukraine, EU-Standards zu erfüllen und eine widerstandsfähige Infrastruktur wiederaufzubauen.

Hier sind einige der wichtigsten rechtlichen Änderungen, die das PPP-Umfeld in der Ukraine attraktiver machen sollen:

- Zweistufiges Genehmigungssystem
- Vereinfachtes Verfahren für Projekte bis zu 5,5 Millionen Euro und Sanierungsinitiativen (Entscheidung innerhalb von 45 Tagen).
- Standardverfahren für größere Projekte (Entscheidung innerhalb von 90 Tagen).
- Ständige Auswahlkomitees. Diese wurden in den Ministerien für Wirtschaft, Infrastruktur und Verteidigung eingerichtet, um Transparenz und Konsistenz zu gewährleisten.
- Erweiterter Anwendungsbereich. PPPs können jetzt in allen Sektoren umgesetzt werden, außer in denen, die gesetzlich ausdrücklich verboten sind. Staatliche Unternehmen und Unternehmen des öffentlichen Sektors können als öffentliche Partner auftreten.
- Elektronisches Handelssystem. Eine spezielle Plattform für PPP-Ausschreibungen soll Offenheit und Wettbewerb fördern.
- Investorengarantien und staatliche Unterstützung. Es gibt Rechtssicherheit und Entschädigung für Verluste. Es gibt neue Formen der Unterstützung: Zuschüsse, Nachfragegarantien und Kofinanzierung durch staatliche Unternehmen.
- Hybride Finanzierungsmodelle. Verfügbarkeitszahlungen, leistungsabhängige Gebühren und gemischte Einnahmequellen machen Projekte für private Partner berechenbarer.

Diese Reformen schaffen ein klareres, sichereres und investorenfreundlicheres Umfeld für PPP-Projekte, was für den Wiederaufbau und die Modernisierung der Ukraine von entscheidender Bedeutung ist. Lange Zeit wurden Public-Private-Partnerships in der Ukraine unterschätzt. Heute sind sie ein wichtiges Instrument für den Wiederaufbau der Infrastruktur und die Gewinnung ausländischer Investitionen.

Mehr Informationen: [PPP in Ukraine: a game changer or just a name change](#)

Trumps umstrittener Friedensplan: 28 Punkte für ein Ende des Ukrainekriegs

Der ehemalige US-Präsident Donald Trump legte Mitte Oktober einen 28-Punkte-Friedensplan zur Beendigung des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine vor, dessen vollständige Inhalte erstmals durch den ukrainischen Abgeordneten Olexij Hontscharenko veröffentlicht wurden. Der Plan sieht unter anderem ein umfassendes Nichtangriffsabkommen zwischen Russland, der Ukraine und der EU sowie eine dauerhafte Neutralität der Ukraine vor, inklusive eines verfassungsrechtlich verankerten Verzichts auf einen NATO-Beitritt. Zahlreiche sicherheitspolitische Regelungen – darunter die Reduzierung der ukrainischen Streitkräfte von 850.000 auf 600.000 und strikte Bedingungen für US-Sicherheitsgarantien – würden die militärische Handlungsfähigkeit Kiews stark einschränken. Territorial fordert der Vorschlag die De-facto-Anerkennung der Krim sowie die vollständigen Gebiete Donezk und Luhansk und die aktuell besetzten Gebiete in den Bezirken Cherson und Saporischschja, was ukrainische rote Linien klar überschreitet.

Als Ausgleich soll die Ukraine rund 200 Milliarden US-Dollar für den Wiederaufbau erhalten, darunter 100 Milliarden aus eingefrorenen russischen Vermögenswerten, sowie große Investitionen aus den USA und der EU. Zudem würde das Kernkraftwerk Saporischschja unter Aufsicht der IAEA wieder in Betrieb genommen und die Stromproduktion zwischen beiden Seiten geteilt. Vorgesehen sind außerdem ein umfassender Gefangenenaustausch und die Rückführung verschleppter Kinder. Innenpolitisch soll die Ukraine innerhalb von 100 Tagen nach einer Einigung Neuwahlen abhalten und eine vollständige Amnestie für alle am Krieg Beteiligten gewähren. Die Umsetzung des Plans würde ein von Donald Trump geleiteter „Friedensrat“ überwachen, der bei Verstößen Sanktionen verhängen und einen sofortigen Waffenstillstand sowie den Rückzug auf vereinbarte Positionen durchsetzen soll.

Der Plan umfasst zudem eine schrittweise Reintegration Russlands in die Weltwirtschaft, inklusive einer möglichen Rückkehr in die G8. Ein „Friedensrat“ unter der Führung Donald Trumps soll die Einhaltung des Abkommens überwachen und bei Verstößen Sanktionen verhängen.

Ukrainische Regierungsvertreter bezeichneten den Vorschlag als inakzeptabel, da er einer weitgehenden Kapitulation gleichkomme, vor allem wegen der Gebietsabtretungen und der militärischen Einschränkungen.

Parallel zum veröffentlichten Plan legten US-Vertreter der Ukraine ein zweites Dokument vor, das angeblich Sicherheitsgarantien ähnlich denen einer NATO-Mitgliedschaft vorsieht. Laut US-Medien wurde der 28-Punkte-Plan maßgeblich von Trumpps Gesandtem Steve Witkoff erarbeitet, in enger Abstimmung mit dem russischen Unterhändler Kirill Dmitriev. Laut Berichten einer Reihe von Medien scheinen zumindest Teile des Vorschlags direkt aus dem Russischen übersetzt worden sein. Zudem wurde in geleakten Gesprächen deutlich, dass Witkoff offenbar enge Beziehungen zu seinen russischen Partnern unterhält.

Nach harter Kritik von europäischen Regierungen, die einen Gegenentwurf für den 28-Punkte-Plan erarbeiteten, kam es zwischenzeitlich zu Abstimmungsgespräche zwischen den USA, der Ukraine und europäischen Vertretern in Genf, was offensichtlich zu einem überarbeiteten Vorschlag führte, der in einer Pendeldiplomatie nun von US-Vertretern mit der Ukraine und Russland weiter konsolidiert werden soll.

Quelle: [Neuer Friedensvorstoß von Trump: Das ist der 28-Punkte-Plan für die Ukraine im Wortlaut](#), vom 21. November & [Trump's Ukraine-Russia peace plan, in the full 28 points](#), vom 20. November [Nexta](#) vom 20. November

19. Sanktionspaket der EU und neue US-Sanktionen

Die Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedstaaten haben sich auf einem Gipfeltreffen in Brüssel mit der EU-Kommission auf ein neues, umfassendes Sanktionspaket gegen Russland geeinigt. Kurz zuvor hatten die USA und in der Vorwoche auch Großbritannien neue Sanktionen gegen russische Ölkonzerne verhängt. Damit erhöhen die Länder des Westens fast synchron den Druck auf die russische Regierung, sich zu einem Waffenstillstand im Angriffskrieg gegen die Ukraine bereitzuerklären und in ernsthafte Verhandlungen zur Beendigung des Krieges einzutreten. Insbesondere die US-Sanktionen – die ersten in der Amtszeit von Präsident Donald Trump – kamen für viele Beobachter überraschend. Sie betreffen zwei russische Ölkonzerne, die unter anderem auch in Deutschland aktiv sind, sodass Ausnahmeregelungen geprüft werden müssen. Noch vor wenigen Tagen hatte es so ausgesehen, als käme ein weiteres Gipfeltreffen Trumps mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in Budapest zustande. Doch offenbar fielen die russischen Vorbedingungen derart unannehmbar aus, dass die USA das Treffen absagten und neue Sanktionen einführten. Das 19. Sanktionspaket der EU wurde hingegen seit Monaten vorbereitet. Es ist erneut sehr umfassend ausgefallen und betrifft Sanktionen im Energie- und Finanzsektor sowie neue Beschränkungen für Waren- und Dienstleistungsexporte. Auch gegen Belarus wurden neue Sanktionen eingeführt. Keinen Durchbruch gab es in der Frage der Nutzung eingefrorener russischer Zentralbankgelder. *Die Details können Sie diesem Ost-Ausschuss Update Sanktionen entnehmen. [OA-Update Sanktionen 2025-10.pdf](#)*

Deutschland verstärkt Ukraine-Hilfe: 170 Millionen Euro für Energiesektor

Deutschland stellt 170 Millionen Euro Winterhilfe für die ukrainische Energieinfrastruktur bereit, um die Folgen russischer Angriffe zu mildern. Bundeskanzler Friedrich Merz kündigte die Soforthilfe an und betonte, man wolle so zeigen, dass Russland keinen Erfolg haben werde. Die zusätzliche Hilfe ergänzt das bereits veranschlagte Gesamtpaket von 11,5 Milliarden Euro für die Ukraine im Jahr 2026 – ein Plus von drei Milliarden gegenüber früheren Planungen. Merz erklärte zudem, Deutschland werde nicht an seiner Ukraine-Unterstützung rütteln, sondern das Hilfsniveau auch im Jahr 2026 hochhalten. Gleichzeitig fordert Merz, eingefrorene russische Vermögenswerte für Ukraine-Hilfen zu nutzen, etwa in Form eines „Reparationsdarlehens“. Russland dürfe sich keinesfalls auf Kosten der europäischen Friedensordnung durchsetzen. Merz begrüßte die US-Bemühungen für ein Ende des Krieges, betonte jedoch, dass ein Abkommen ohne Zustimmung der Ukraine und Europas keine echte Basis für Frieden darstellt. Zusätzlich zur Winterhilfe kündigte Merz 32 Millionen Euro über die Kreditanstalt für Wiederaufbau KfW zur Wiederherstellung der

ukrainischen Stromnetze („Ukrenergo“) an. Überdies umfasst die Hilfszusage auch ein neues Militärhilfspaket im Wert von über zwei Milliarden Euro, darunter Luftverteidigungssysteme, Radarsysteme, Artillerie und Munition. *Quelle: [Germany will urgently provide Ukraine with 170 million euros for energy](#)* vom 26. November

Gemeinsam für die Ukraine: EU, Deutschland und Norwegen starten STEP IN 2 EU mit 40 Millionen Euro

Am 30. Oktober haben die Europäische Union, Deutschland und Norwegen eine Erweiterung des Programms STEP IN 2 EU unterzeichnet. Gemeinsam stellen sie fast 40 Millionen Euro an zusätzlichen Mitteln bereit, um die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Ukraine zu stärken und ihre Integration in den EU-Binnenmarkt zu beschleunigen. Das Programm wird von der GIZ Ukraine umgesetzt. Es bietet Beratungsleistungen zur Umsetzung von EU-Integrationsreformen und unterstützt die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, insbesondere kleinen und mittleren Betrieben. Darüber hinaus fördert es die digitale Transformation, um Bürokratie abzubauen und die Angleichung an EU-Standards voranzutreiben. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Stärkung der regionalen Entwicklung und des wirtschaftlichen Wachstums. Zudem soll die wirtschaftliche Resilienz und die Fähigkeit zur Rekonstruktion unterstützt werden. Mit dieser Initiative unterstreicht die EU ihre weitere Unterstützung für die Reformen in der Ukraine und deren Weg zur EU-Mitgliedschaft.

Quelle: [EU-Delegation to Ukraine](#) vom 31. Oktober

Die Zukunft der Ukraine auf der europäischen Bühne: Eindrücke von der Messe „Rebuild Ukraine“ in Warschau

Vom **12. bis 14. November 2025** fand erneut die internationale Fachmesse „**Rebuild Ukraine**“ statt, die sich dem Wiederaufbau und der wirtschaftlichen Entwicklung der Ukraine widmet. In diesem Jahr war die Beteiligung ukrainischer Unternehmen, Gemeinden und Kommunen deutlich aktiver als in den Vorjahren. Die Veranstaltung verzeichnete eine beeindruckende Beteiligung:

- 762 Aussteller
- 33 Länder
- 23 Länderpavillons
- 28 Business-Programm-Events
- 308 Redner
- 160 ukrainische Kommunen

Der **Ost-Ausschuss Service Desk Ukraine** nahm aktiv an der Messe teil. Zunächst präsentierte das Team seine Arbeit im Rahmen der Konferenz „U Nation“, die über 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Wirtschaft, Politik und Kommunalverwaltung zusammenbrachte. Kateryna Kyslenko stellte dort die Leistungen und Projekte des Service Desk vor und führte zahlreiche Gespräche mit Partnern und Interessenten.

Im Anschluss war der Service Desk Ukraine zwei Tage lang im deutschen Länderpavillon vertreten.

Die Messe spiegelte die aktuelle Realität wider:

- Der Optimismus hinsichtlich eines schnellen Kriegsendes war deutlich geringer als in den vergangenen Jahren.
- Investoren und Regierungsvertreter betrachten die Ukraine zunehmend durch die Brille von Risiken und langfristigen Perspektiven.
- Für den Wiederaufbau wird es keine „Blankoschecks“ geben – jeder Euro und jeder Investor muss hart erarbeitet werden.

Private Investitionen bleiben rar, insbesondere von Unternehmen, die bisher nicht in der Ukraine aktiv sind. Viele verfolgen eine „Wait-and-See“-Strategie. Gleichzeitig denken ukrainische Unternehmen verstärkt über Diversifizierung nach, insbesondere in Richtung Militär-Technologie und internationale Partnerschaften. Die „Rebuild Ukraine 2025“ hat gezeigt, dass die Ukraine systematisch um Investoren kämpfen muss – sowohl um ausländische als auch um inländische. Die Teilnahme des Service Desk Ukraine an der Konferenz und im deutschen Pavillon war eine wichtige Maßnahme, um die eigene Sichtbarkeit zu erhöhen und neue Netzwerke für die Zukunft aufzubauen.

Reiche mit Delegation in Kyjiw

Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) reiste mit einer kleinen Wirtschaftsdelegation vom 24. bis 26. Oktober in die Ukraine. Es war ihre erste Reise in die Ukraine und erfolgte in einer Phase intensiver russischer Angriffe. Ziel der Reise war es, die Widerstandsfähigkeit des Landes im Krieg gegen Russland zu stärken und unter anderem im Sicherheitsbereich wirtschaftliche Kooperationen auszubauen. Reiche lobte die „beeindruckende Widerstandskraft“ der Ukrainerinnen und Ukrainer. Sie kündigte an, die deutsche Unterstützung für den Wiederaufbau um 30 Millionen Euro zu erhöhen. Russland wolle die Ukraine vor dem Winter „zermürben“, weshalb Deutschland mehr Mittel bereitstellt.

Die russischen Angriffe treffen aktuell vor allem die Energieinfrastruktur: Laut der ukrainischen Regierung sind bis zu 60 Prozent der Gasversorgung zerstört worden. Deutschland unterstützt den „Ukraine Energy Support Fund“ bereits mit 390 Millionen Euro und will weitere Lieferungen von Transformatoren und Umspannwerken beschleunigen. Reiche wurde von rund zehn Unternehmensvertretern begleitet, vor allem aus der Rüstungs- und Verteidigungsindustrie. Firmen wie Hensoldt, Quantum Systems und Stark wollen ihre Produktion in der Ukraine ausbauen. Rheinmetall gründete bereits ein Joint Venture zur Wartung und Fertigung von Schützenpanzern. Die Ukraine strebt Partnerschaften an, um eigene Produktionskapazitäten aufzubauen, nicht nur Waffenimporte. Deutsche Unternehmen erhalten Anreize wie Steuererleichterungen und Zollvorteile. Deutschland stellt im Rahmen der Ertüchtigungsinitiative neun Milliarden Euro bereit, um solche Kooperationen zu fördern. Auch Vertreter der Energiewirtschaft wie RWE und Eon waren Teil der Delegation. Quellen: [Katherina Reiche verspricht in Kyjiw Unterstützung für Ukraine](#), [Wirtschaftsministerin Reiche reist in die Ukraine – deutsch-ukrainische Zusammenarbeit im Energiesektor und in der Verteidigungswirtschaft im Fokus](#)

I BMWE vom 24. Oktober, *Ukraine: Katherina Reiche verspricht Unterstützung beim Wiederaufbau - DER SPIEGEL* vom 26. Oktober.

Strategische Energiewende: OKKO baut Bioethanol-Anlage und stärkt Energiesicherheit

Die OKKO-Unternehmensgruppe errichtet derzeit eine neue Bioethanol-Anlage, die im kommenden Jahr in Betrieb gehen soll. Parallel dazu arbeitet das Unternehmen an mehreren Energieprojekten, darunter der Bau der ersten industriellen Energiespeicherbatterien in der Ukraine. Zudem steht die Fertigstellung eines Energiekomplexes mit einer Leistung von 147 Megawatt bevor, der gemeinsam mit der EBWE, der IFC und der Schwarzmeer-Handels- und Entwicklungsbank finanziert wird. Der andauernde Krieg hat laut Unternehmensführung den Druck erhöht, die Energieinfrastruktur des Landes umfassend zu erneuern. Dabei rücken insbesondere dezentrale Energieerzeugung und eine breitere Diversifizierung der Energiequellen in den Mittelpunkt von Regierung und Wirtschaft. Der Vorstandsvorsitzende der OKKO Group, Wassyl Danyljak, betonte, dass eine stärkere Dezentralisierung entscheidend für die Sicherheit und Stabilität des Energiesystems sei. Die neuen Projekte sollen daher nicht nur die Energieversorgung stärken, sondern auch die langfristige Widerstandsfähigkeit des Landes erhöhen. Quelle: *OKKO Group entwickelt Windenergie und baut Bioethanolanlage – Danilyak – Ukraine open for business* vom 17. Oktober

EU beschließt 1,5-Milliarden-Programm für Verteidigungsindustrie

Die Europäische Union hat sich auf ein Budget von 1,5 Milliarden Euro für das Europäische Verteidigungsindustrieprogramm (EDIP) für die Jahre 2025 bis 2027 geeinigt, wobei auch die direkte Teilnahme der Ukraine vorgesehen ist. Von diesem Gesamtbudget sollen 300 Millionen Euro in das Ukraine Support Instrument fließen. Die Ukraine erhält zudem die Möglichkeit, an gemeinsamen europäischen Verteidigungsprojekten (EDPCIs) teilzunehmen, die der Entwicklung neuer Verteidigungsfähigkeiten dienen. Das EDIP-Programm fördert die industrielle Zusammenarbeit mit der Ukraine und unterstützt ukrainische Unternehmen dabei, sich stärker in die europäische Verteidigungsindustrie einzubinden. Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit und Effizienz des europäischen Verteidigungssektors insgesamt zu erhöhen. Darüber hinaus schafft das Programm erstmals einen EU-Mechanismus zur Sicherstellung der Versorgung mit Rüstungsprodukten sowie eine europäische Verkaufsplattform mit einem zentralen Produktkatalog. Der Rat der EU und das Europäische Parlament einigten sich außerdem darauf, dass der Anteil von Komponenten aus Ländern außerhalb der EU und der assoziierten Staaten höchstens 35 Prozent des Endproduktwertes betragen darf. Diese Regelung soll die europäische technologische Führungsrolle sichern und zugleich die Kooperation mit Partnerstaaten ermöglichen. Quelle: *European Union agrees on €1.5 billion defence industry programme to support readiness and Ukraine* vom 16. Oktober
Starke Nachfrage nach Investitionsgarantien: Deutschland sichert deutsche Investitionen in der Ukraine gegen Kriegsrisiken ab

Der Interministerielle Ausschuss (IMA) der Bundesrepublik Deutschland hat seit Februar 2022 insgesamt 50 Investitionsgarantien für deutsche Investitionen in der Ukraine genehmigt. Diese Entwicklung wird als beeindruckend wahrgenommen. Die Absicherung

gegen politische Risiken, zu denen auch Kriegsschäden zählen, stößt auf starke Nachfrage. Sie ermöglicht es zahlreichen deutschen Unternehmen, trotz der anhaltend schwierigen Umstände im Land zu investieren. Diese Garantien basieren auf dem deutsch-ukrainischen Investitionsschutzvertrag und bieten deutschen Unternehmen Sicherheit gegenüber politischen Risiken, einschließlich kriegsbedingter Gefahren. Die Bundesregierung bewertet die Lage fortlaufend und entscheidet über neue Anträge individuell, mit dem klaren Ziel, die wirtschaftliche Stabilität und Erholung der Ukraine bestmöglich zu fördern. Die Nachfrage nach diesem Förderinstrument ist groß. Um den Zugang weiter zu erleichtern, hat der Bund den Verzicht auf die Antragsgebühr für die Ukraine verlängert. Diese Regelung gilt nun für weitere zwei Jahre bis Ende 2027. Damit bleibt der Zugang zu diesem wichtigen Instrument zur Förderung deutscher Direktinvestitionen (FDI) in der Ukraine unkompliziert. Quelle: [#ukraine #ukraine | Michael Huber-Saffer](#), vom 13. Oktober [DIA-Report Nr. 62 - Investitionsgarantien](#), vom 13. Oktober

Garantien in Höhe von 100 Millionen Euro zur Förderung von Investitionen in den ukrainischen Wiederaufbau

Die Europäische Kommission und die Internationale Finanz-Corporation (IFC) haben eine Vereinbarung unterzeichnet, die der Ukraine 100 Millionen Euro an Investitionsgarantien bereitstellt. Diese Mittel fließen in den Amber-Dragon-Fonds, der in Schlüsselbereiche wie Transport, Logistik, Energie und Telekommunikation investiert – Sektoren, die für den Wiederaufbau und eine nachhaltige Entwicklung zentral sind. Die Initiative ist Teil des Programms Better Futures – RE-Ukraine im Rahmen der Global-Gateway-Strategie. Erstmals setzt das High Impact Equity Programme auf direkte Eigenkapitalinvestitionen der IFC in ukrainische Unternehmen, anstelle früherer kreditbasierter Modelle. Die Abgeordnete Alyona Shkum betonte die entscheidende Rolle privater Investitionen für die Erholung des Landes. Quelle: [European Commission provides EUR 100M in guarantees to attract investment in Ukraine's recovery](#)

Das reale BIP der Ukraine wächst im zweiten Quartal 2025 um 0,7 Prozent

Im zweiten Quartal 2025 ist das reale Bruttoinlandsprodukt der Ukraine im Jahresvergleich um 0,7 Prozent gestiegen. Getragen wurde die wirtschaftliche Erholung vor allem durch eine starke Verbrauchernachfrage. Gleichzeitig fiel das Wachstum etwas schwächer aus als im ersten Quartal 2025, als es 0,9 Prozent betrug. Gedämpft wurde die Entwicklung weiterhin durch die Folgen des umfassenden Krieges – darunter der Verlust von Menschenleben, Gebieten, Produktionskapazitäten und Infrastruktur. Zusätzlich wirkten sich verschlechterte landwirtschaftliche Kennzahlen negativ auf das Gesamtbild aus. Für die zweite Jahreshälfte wird eine beschleunigte Erholung erwartet, unterstützt durch eine intensivere Erntephase, eine robuste Binnennachfrage und stärkere fiskalische Impulse infolge höherer Staatsausgaben. Dennoch bleiben die angespannte Sicherheitslage und der Beschuss zentraler Infrastruktur hemmende Faktoren für das Wachstumspotenzial.

Quelle: [NBU Comment on Real GDP Change in Q2 2025](#)

Erweiterung des staatlichen Investitionsportfolios in der Ukraine

Bei der Sitzung des Strategic Investment Council wurden umfassende Änderungen am einheitlichen staatlichen Projektportfolio (UPP) öffentlicher Investitionen in der Ukraine

vorgenommen. Das Portfolio wurde um 42 weitere Projekte und vier Programme erweitert und umfasst nun ein Gesamtvolumen von über 1,1 Billionen Hrywnja. Die neuen Vorhaben entsprechen den vorrangigen staatlichen Sektoren und sollen gezielt Investitionen anziehen. Den größten Anteil bilden 25 Energieprojekte im Wert von 660,06 Milliarden Hrywnja sowie 11 Transportprojekte mit einem Umfang von 387,8 Milliarden Hrywnja. Ergänzt wird das Portfolio durch Projekte und Programme in den Bereichen kommunale Infrastruktur, Rechtssystem, Sicherheit, Wohnungswesen sowie Bildung und Wissenschaft. Die stellvertretende Wirtschafts-, Umwelt- und Agrarministerin Anna Artemenko betonte, dass der Ausbau und Schutz der Energie- und Verkehrsinfrastruktur zentrale Prioritäten der staatlichen Investitionspolitik seien. Die aktualisierte Projektliste enthält zudem Vorhaben, die gezielt auf Kooperationen mit internationalen Finanzinstitutionen und Gebern ausgerichtet sind. Damit unterstreicht die Regierung ihren Anspruch, ausländische Unterstützung wirksam in nachhaltige Entwicklungsprojekte zu lenken. Das UPP war zuvor am 26. August 2025 verabschiedet worden und umfasste damals 89 Projekte sowie 60 Programme. Die Erstellung des Portfolios erfolgt im digitalen DREAM-System, das Transparenz und Nachvollziehbarkeit in allen Phasen von Vorbereitung, Bewertung, Umsetzung und Monitoring gewährleistet. Quelle: [The SPP for 2026 has been updated — 99 programs and projects submitted by the Ministry of Development | Ministry for Development of Communities and Territories of Ukraine](#) vom 27. Oktober.

NBU passt Mindestreserveanforderungen an, um langfristige Investitionen zu fördern

Die Nationale Bank der Ukraine (NBU) nimmt Änderungen an den Mindestreserveanforderungen für Banken vor, um die Effizienz der Geldmarktregulierung während des Kriegsrechts zu steigern und Zuflüsse externer Finanzmittel zu fördern. Seit dem 10. November 2025 werden zwangsweise beschlagnahmte und sanktionierte Gelder nicht mehr in die Berechnung der Reserveanforderungen einbezogen. Dazu zählen unter anderem Gelder, die nach dem Gesetz „Über die Grundprinzipien der Zwangseignung von Vermögenswerten Russlands und seiner Bewohner in der Ukraine“ beschlagnahmt wurden, sowie eingefrorene Mittel aufgrund spezieller Sanktionen.

Ziel dieser Änderung ist es, die Berechnung der Reserven zu optimieren, da diese Gelder immobilisiert sind und keinen Einfluss auf die Geldprozesse haben. Gleichzeitig wird ab dem 10. Dezember 2025 die Berechnung der Reserveanforderungen Kredite über mehr als ein Jahr von nichtansässigen juristischen Personen mit staatlicher Beteiligung oder mindestens 10 Prozent Kapitalanteil von internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) nicht mehr berücksichtigen. Dadurch sollen Banken stärker motiviert werden, langfristige Mittel für Rekonstruktionsprojekte zu mobilisieren.

Die Änderungen erfolgen auf Grundlage der NBU-Beschlüsse Nr. 125 und Nr. 373 vom 10. Oktober 2025 sowie der Anpassung der NBU-Beschlussfassung Nr. 23 vom 25. Februar 2022. Sie treten am 10. Dezember 2025 in Kraft und haben voraussichtlich keine wesentlichen Auswirkungen auf die Gesamtreserveanforderungen des Bankensystems.

Quelle: [Changes in Reserve Requirements to Encourage Banks to Raise Long-Term Funds for Reconstruction Projects](#), vom 13. Oktober

Kyivstar strebt Übernahme von Sanvin 11 zur Sicherung der Energieversorgung an

Der ukrainische Mobilfunkanbieter Kyivstar hat die Übernahme des erneuerbaren Energieproduzenten Sanvin 11 eingeleitet. Ziel dieses Schritts ist vor allem die Sicherung der Energieversorgung gegen mögliche Stromausfälle. Laut dem Antimonopolkomitee reichte Kyivstar seinen Antrag auf Übernahme am 23. September ein. Sanvin 11, registriert in Odessa, erzielte im Jahr 2024 einen Umsatz von 81,8 Millionen Hrywnja, deutlich weniger als der größere Wettbewerber Elementum Energy mit 4,1 Milliarden Hrywnja im Jahr 2023. Kaan Terzioglu, CEO der Muttergesellschaft Veon-Kyivstar, betonte eine proaktive Finanzstrategie: Veon verfügt über nahezu eine halbe Milliarde US-Dollar Bargeld in der Ukraine und plant, weiterhin in das Land zu investieren. Dabei werden insbesondere mögliche Akquisitionen im Energiesektor geprüft, mit Fokus auf Energieproduktion und -verteilung, einschließlich Solarenergieprojekte. Diese Entwicklungen verdeutlichen Kyivstars Bestreben, die eigene Beteiligung im Energiesektor auszubauen und eine zuverlässige Energiequelle für den Betrieb des Unternehmens zu sichern. Quelle: [UPD. Kyivstar buys solar power plant in Zhytomyr region "Sanvin 11" for \\$5 million | dev.ua](#) vom 31. Oktober

EU und EIB stellen 15 Millionen Euro für Wiederaufbau und Basisdienste in der Ukraine bereit

Die Europäische Investitionsbank (EIB) und die Europäische Kommission stellen 15 Millionen Euro bereit, um den Wiederaufbau von wichtigen sozialen Diensten wie Krankenhäusern und Schulen in der Ukraine zu unterstützen, die durch den russischen Angriffskrieg beschädigt wurden. Die Mittel sollen Gemeinden im ganzen Land zugutekommen, mit besonderer Priorität für Frontgebiete. Die Finanzierung erfolgt im Rahmen des Ukraine Investment Framework, einem Bestandteil der 50-Milliarden-Euro-Ukraine-Facility der EU.

Über das Programm Ukraine Recovery III der EIB, abgesichert durch eine EU-Garantie in Höhe von 100 Millionen Euro, werden zahlreiche kleinere Wiederaufbauprojekte in mehreren Regionen unterstützt, darunter Dnipropetrowsk, Saporischschja, Schytomyr, Kyjiw, Mykolajiw, Odessa, Poltawa, Sumy, Ternopil, Charkiw, Cherson und Tschernihiw. Die Gelder fließen in den Wiederaufbau von Fernwärmesystemen, den Einbau neuer Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, die Modernisierung der Energieversorgung von Heizhäusern sowie den Bau kleinerer Anlagen zur zuverlässigen Wärme- und Stromversorgung.

Im Gesundheitssektor dient die Finanzierung der Renovierung chirurgischer Abteilungen und der energetischen Modernisierung größerer Krankenhäuser. Zudem sollen Trinkwasserleitungen erneuert, Wasserentnahmestellen rehabilitiert und lokale Wassernetze verbessert werden, um eine stabile Versorgung mit sauberem Wasser sicherzustellen. Auch der beschleunigte Bau von Schutzräumen und Notfallzentren ist geplant, um insbesondere in Frontregionen Leben zu schützen.

Vertreterinnen und Vertreter der EIB, der Europäischen Kommission sowie der ukrainischen Regierung betonten die Bedeutung dieser Unterstützung für Gemeinden, die unter enormem Druck arbeiten, um grundlegende Dienstleistungen aufrechtzuerhalten und wiederherzustellen. Die EIB unterstreicht ihr langfristiges Engagement für den Wiederaufbau der Ukraine und hat seit Beginn der großflächigen Invasion insgesamt vier Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Quelle: [European Investment Bank](#), vom 21. November

Konjunktur

		2022	2023	2024	2025*	2026*
Nominales BIP	Mrd. UAH	5.239	6.628	7.659	8.814	10.153
Reales BIP	% zum Vj.	-28,8	5,5	2,9	2,0	2,8
Leistungsbilanz	% zum BIP	4,9	-5,1	-8,4	-11,8	-17,9
Arbeitslosenquote	%	21,1	18,2	13,1	10,9	10,5
Inflation	% zum Vj., Jahresdurchschnitt	20,2	12,8	6,5	13,2	6,7
Wechselkurs	UAH/USD, Jahresdurchschnitt	32,34	36,57	40,18	42,27	44,89
Haushaltsdefizit ohne Zuschüsse	% des BIP	25,3	27,1	23,8	21,0	19,0
Schuldenquote	% des BIP	77,7	83,3	91,0	98,0	100,0

Quelle: *Ukrainische Statistikbehörde, GET/IER Prognose 02 2025, [Link](#)*

Deutsch-Ukrainischer Handel (von Januar bis September 2025)

Der deutsche Handel mit der Ukraine wächst. Von Januar bis September verzeichnete er ein Plus von 6,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Das Volumen des bilateralen Warenverkehrs hat damit im September bereits die neun Milliarden Euro Marke geknackt (2024: 8,5 Milliarden Euro). Die deutschen Exporte in die Ukraine verzeichneten in den ersten neun Monaten einen Anstieg von 14,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Das Exportvolumen stieg auf über 6,7 Milliarden Euro an (2024: 5,9 Milliarden Euro). Die deutschen Importe aus der Ukraine sind im selben Zeitraum um 11,3 Prozent zurückgegangen. Das Importvolumen sank auf 2,3 Milliarden Euro (2024: 2,6 Milliarden Euro).

Hier die Tabelle für alle 29 Ost-Ausschuss-Länder:

[Deutscher Osthandel Januar-September 2025.pdf](#)

Termine

4. Dezember 2025: International Conference „Rebuilding Ukraine: Security, Recovery & the Future of Europe“, 10:00 - 18:00 Uhr (MEZ), Berlin

Die Konferenz „Rebuilding Ukraine“ bringt Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zusammen, um die Sicherheitsarchitektur und den Wiederaufbau der Ukraine im europäischen Kontext zu diskutieren. Im Fokus stehen die Verbindung von Verteidigungsfähigkeit und ökonomischer Resilienz, Governance und Transparenz sowie internationale Finanzierungsmodelle.

Das Programm umfasst Panels zu Sicherheit und Governance und eine Keynote zu „Business in Conflict & Post-Conflict“. Ziel ist ein interdisziplinärer Dialog über Strategien, Finanzierung und die Rolle Europas in der langfristigen Stabilisierung der Ukraine. Organisation: KIU – Kompetenznetzwerk Interdisciplinary Ukraine Studies (Europa-Universität Viadrina), Freie Universität Berlin, Kyiv School of Economics und The Ukraine Foundation. Anmeldung per E-Mail an kiu-communications@europa-uni.de. [International Conference ‘Rebuilding Ukraine: Security, Recovery & the Future of Europe’ • European University Viadrina](#)

11. - 12. Dezember: Präsenzveranstaltung „Rebuilding Ukraine: Security, Opportunities, Investment“, Bukarest, Rumänien

Die Konferenz *Rebuilding Ukraine 2025* versammelt in Bukarest über 500 Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Verteidigung, um die Zukunft der Ukraine nach dem Krieg zu gestalten. Unter der Schirmherrschaft des rumänischen Außenministeriums bietet das zweitägige Forum Raum für strategischen Austausch, Investitionen und internationale Kooperation. Im Mittelpunkt stehen Sicherheit, Infrastruktur, Energie, Digitalisierung und die Rolle des Privatsektors. Panels behandeln Themen wie Minenräumung, Cloud-Infrastruktur, Munitionsproduktion und die Integration von Veteranen und Geflüchteten. Regionale Chancen in ukrainischen Gebieten wie Lwiw, Odessa und Transkarpatien werden ebenfalls beleuchtet. *Mehr Informationen und Anmeldung: newstrategycenter.ro*

15. Dezember: „8. Deutsch-Ukrainisches Wirtschaftsforum“, 10:30 - 18:30 Uhr (MEZ), Haus der Deutschen Wirtschaft, Berlin

Das 8. Deutsch-Ukrainische Wirtschaftsforum, organisiert vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (OA), der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) und der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer (AHK Ukraine) findet am 15. Dezember 2025 von 10:30 bis ca. 17:00 Uhr (MEZ) im Haus der Deutschen Wirtschaft (Breite Str. 29, 10178 Berlin) unter dem Motto „Resilience in Action – Partnership in Progress“ statt. Deutsche und ukrainische Unternehmensvertreterinnen und -vertreter werden gemeinsam mit hochrangigen Gästen aus der Politik über die Möglichkeiten der bilateralen Zusammenarbeit diskutieren. Dabei sollen insbesondere die

wirtschaftliche Resilienz, die Bereiche Sicherheit und Verteidigung, Finanzen, Landwirtschaft und Energieversorgung sowie die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der Ukraine im Mittelpunkt stehen. Mit über 500 Personen ist die Konferenz leider bereits völlig ausgebucht. Weitere Informationen: [8. Deutsch-Ukrainisches Wirtschaftsforum | Berlin | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

16. Dezember: Voices, Visions, Alliances: Co-Creating Ukraine's Recovery, Annual Conference of the German Platform for the Reconstruction of Ukraine, 09:30 - 20:00 Uhr (CET)

Die Jahreskonferenz „Voices, Visions, Alliances“ bringt Menschen aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammen, um gemeinsame Perspektiven für den Wiederaufbau der Ukraine zu entwickeln. Im Mittelpunkt stehen aktuelle Prioritäten der internationalen Unterstützung, neue Kooperationsformate sowie die Rolle deutscher und europäischer Akteure in der langfristigen Erholung des Landes. Die Konferenz bietet Panels, Workshops und Netzwerkformate, die den Austausch über strategische Allianzen und konkrete Wiederaufbauprojekte fördern. Weitere Informationen und Expression of Interest: [Expression of interest for "Voices, Visions, Alliances: Co-Creating Ukraine's Recovery". Annual Conference of the German Platform for the Reconstruction of Ukraine](#)

23. Februar 2026: Präsenzveranstaltung “Café Kyiv - A Platform for Dialogue, Creativity, and Cooperation”, 09:00 - 20:00 Uhr (CET), Berlin

Café Kyiv ist mehr als eine Konferenz – es ist ein dynamischer Raum für Austausch, Inspiration und Innovation. Jedes Jahr bringt das Format Stimmen aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Politik zusammen, um neue Ideen zu entwickeln und die deutsch-ukrainischen Beziehungen zu stärken. Im Mittelpunkt stehen kreative Ansätze für Dialog und Zusammenarbeit, die Förderung von Partnerschaften sowie die Rolle gemeinschaftlicher Initiativen für eine nachhaltige Zukunft. Café Kyiv bietet Panels, Ausstellungen, Performances und Netzwerkformate, die den Austausch über innovative Projekte und strategische Kooperationen ermöglichen. SAVE THE DATE. Weitere Informationen: [Cafe Kyiv](#)

Angebote für deutsche Unternehmen

Ukraine vereinfacht Importregeln für Großinvestitionsprojekte

Am 9. September 2025 hat die ukrainische Regierung Änderungen am Verfahren für die Einfuhr von neuer Ausrüstung und Zubehör für Großinvestitionsprojekte beschlossen. Ziel der Änderungen ist es, den bürokratischen Aufwand für Investoren zu reduzieren, die spezielle Investitionsverträge umsetzen. Zu den Anpassungen gehören unter anderem eine längere Frist für die Einreichung von Ausrüstungslisten, die Abschaffung der Pflicht, das Ursprungsland der Ausrüstung anzugeben, sowie eine klarere Regelung zur Berechnung des geschätzten Wertes.

Die Frist für die Vorlage der Ausrüstungsliste wurde von fünf Tagen auf zwölf Monate nach Erhalt des Projektbewertungsbescheids verlängert. Das Wegfallen der Angabe des Ursprungslands erleichtert insbesondere internationalen Lieferketten die Arbeit, da Änderungen bei Herstellern oder Zulieferern nicht erneut genehmigt werden müssen. Zudem wird der Wert der Ausrüstung nun in der Vertragswährung angegeben, parallel mit der Umrechnung in Hrywnja, wodurch Währungsrisiken und bürokratische Hindernisse reduziert werden. Wesentliche Bedingungen für die Teilnahme am Programm bleiben unverändert: Investitionen über 12 Millionen Euro, Schaffung von mindestens zehn Arbeitsplätzen, Umsetzung in bestimmten Sektoren wie Produktion, Transport, Gesundheit, Bildung oder Tourismus und eine maximale Projektdauer von fünf Jahren. In der Praxis bedeuten die Änderungen mehr Flexibilität, weniger Bürokratie und eine einfachere Abwicklung der Zollformalitäten, während die Stabilität des staatlichen Fördermodells gewahrt bleibt. Quelle: [Government eases import rules for equipment in large-scale investment projects: what has changed and how it will work](#), vom 20. Oktober

Ukrainische Agrarwirtschaft: Neue Chancen für ausländische Investoren

Die ukrainische Agrarwirtschaft bleibt trotz der Kriegsfolgen ein zentraler Wirtschaftszweig mit großem Potenzial für ausländische Investoren. Der Wiederaufbau eröffnet vielfältige Möglichkeiten in Bereichen wie Lagerinfrastruktur, Viehzucht und Gewächshauswirtschaft. Besonders gefragt sind Investitionen in moderne Milchviehbetriebe, energiesparende Gewächshäuser und kleine Verarbeitungsbetriebe für Obst, Gemüse, Hanf sowie Fleisch- und Milchprodukte. Auch Nischenkulturen wie Beeren, Heilpflanzen und medizinischer Cannabis bieten attraktive Perspektiven. Der Bio-Landbau gewinnt zunehmend an Bedeutung. Neben der Lieferung von Landtechnik sind auch Beratungsleistungen wie Schulungen und Zertifizierungen stark nachgefragt. Der Ausbau von Logistikzentren und Kühltransportkapazitäten ist entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit. Die Wiederherstellung zerstörter Bewässerungssysteme und Kläranlagen ist dringend erforderlich. Ohne Minenräumung ist eine Rückkehr zur landwirtschaftlichen Produktion nicht möglich, was spezialisierte Technologien erfordert. Der Erwerb bestehender Agrarbetriebe mit gepachteten Flächen stellt derzeit die praktikabelste Investitionsform dar. Öffentlich-private Partnerschaften bieten zusätzliche Chancen für langfristige Engagements.

Quelle: [DLF-Rechtsanwälte – Agrarwirtschaft in der Ukraine: Perspektiven für ausländische Investoren](#)

Projekte und Kooperationen

Größter Solarpark der Westukraine soll in der Bukowina entstehen

Die Kernel-Gruppe plant den Bau des größten Solarparks in der Westukraine mit einer Kapazität von bis zu 250 MW. Das Projekt wird von der Chernivtsi Solar LLC umgesetzt, einem Unternehmen der Kernel-Gruppe, einem der größten Agrarholdings des Landes. Die Anlage soll in Kitsman auf einem 212 Hektar großen Grundstück errichtet werden, mit einer Mindestkapazität von 234 MW.

Das Vorhaben wird voraussichtlich über fünf Milliarden Hrywnja für das Gemeindebudget bringen, bis zu 200 neue Arbeitsplätze schaffen und stabile Einnahmen für die lokale Verwaltung sichern. Während der Bauphase entstehen 100 bis 200 Arbeitsplätze, und die jährlichen Einnahmen für den Haushalt werden zunächst 8,7 Millionen Hrywnja betragen, später auf 12 Millionen Hrywnja steigen. Der Pachtvertrag für das Gelände wurde auf 25 Jahre abgeschlossen.

Das Projekt hat bereits alle vorbereitenden Genehmigungen durchlaufen, und die erste Bauphase soll im Frühjahr 2026 beginnen. Mit der Kitsmanskaya-Solarpark-Anlage wird eines der größten Energieinvestitionsprojekte der Region realisiert, das zur Energieunabhängigkeit der Ukraine beiträgt und bedeutende private Investitionen in den Westen des Landes zieht. Quelle: [Kernel plans to build largest 250 MW solar power plant in Western Ukraine](#), vom 13. Oktober

Marktzugang Ukraine: Konkrete Projekte für deutsche Firmen im Überblick

Die Projekte im Katalog auf catalog.pe.com.ua decken verschiedene Themenbereiche ab, die für deutsche Unternehmen von Interesse sind. Sie betreffen unter anderem die dezentrale Energieversorgung, das Wasser- und Abwassermanagement, sowie die digitale Infrastruktur. Viele Projekte fokussieren sich auf den Wiederaufbau kommunaler Einrichtungen, darunter Schulen, Krankenhäuser und Verwaltungsgebäude. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf erneuerbaren Energien und Energieeffizienzmaßnahmen in ukrainischen Gemeinden. Zudem gibt es Vorhaben zur Verbesserung der Abfallwirtschaft und zur Einführung moderner Monitoring- und Steuerungssysteme. Die Projekte sind offen für internationale Kooperationen und bieten konkrete Anknüpfungspunkte für deutsche Technologieanbieter und Dienstleister. Weitere Informationen: [Catalog > Catalogue Show](#)

Tipps & Links

Wichtige Infos für deutsche Firmen, die mit der Ukraine zusammenarbeiten wollen

- [Bereit für die Dienstreise: Sicher und gut informiert in die Ukraine](#)
- [Visit Ukraine - DIENSTLEISTUNGSPORTAL ÜBER DIE UKRAINE](#)
- [Travel Guide des Business Advisory Council](#)
- [BDO: Foreigner's Guide on Business Travel to Ukraine](#)
- [Business Advisory Council. Durch die Ukraine navigieren](#)
- [Gruppenversicherung der Barmenia](#)
- [Dr. Walter Auslandskrankenversicherung – Aidworker](#)
- [AXA-Auslandsreiseversicherung](#)

Papiere und Studien:

- **Raiffeisen Bank International:** [Monthly update – economy in war](#)
vom Oktober 2025
- **Wirtschaftsministerium der Ukraine/KSE:** [Investment-catalog-Ukraine-2025.pdf](#)

CMS – UPDATES

- [Investing and doing business in Ukraine 2025 | CMS Ukraine](#)
- [Ukraine extends use of detailed plans of territory for zoning decision](#)
- [Ukraine revives plans for FDI screening in strategic sectors](#)
- [Ukraine passes draft law improving its green auction mechanism](#)
- [Ukraine passes reforms on transparency in land cadastre procedures](#)
- [Ukraine launches 2025 privatisation of Odesa Portside Plant JSC](#)

German Economic Team – UPDATES:

- [Grüne Jobs für den nachhaltigen Wiederaufbau der Ukraine – German Economic Team](#)
- [Wirtschaftsausblick Ukraine – German Economic Team](#)
- [New EU tariff rate quotas for Ukrainian products: effect on exports – German Economic Team](#)

GOLAW – UPDATES:

- [Digest of Key Tax News](#)

DLF- UPDATES:

- [Der ukrainische Verteidigungs- und Sicherheitssektor für Investoren](#)
vom 3. November
- [Entwicklung und Prüfung von Waffenmodellen in der Ukraine](#)

Aktuelle Artikel zur Ukraine:

Tagesschau.de

[Trumps Ukraine-Plan: Viele Zugeständnisse - und nur vage Garantien | tagesschau.de](#)
21.11

GTAI:

[Beschaffungsregeln in der Ukraine werden präzisiert | Rechtsbericht | Ukraine | Recht der öffentlichen Aufträge](#)

SZ:

[US-Plan zur Ukraine: Frieden als Geschäftsidee - wie Trump mitverdienen will - Politik - SZ.de](#)

ZEIT:

[Hilfe für Wiederaufbau: Entwicklungsministerin wirbt um Investitionen in die Ukraine | DIE ZEIT](#)

Handelsblatt:

[Ukraine: Entwicklungsministerin will privates Kapital für Wiederaufbau sichern](#)
[Ukraine: Wirtschaftsministerin Reiche kündigt in Kiew zusätzliche Hilfen an](#)

Ukrinform:

[Team Europe startet ein Projekt zum Wiederaufbau der Ukraine im Wert von 37,5 Mio. Euro](#)
[Lettland stellt der Ukraine zusätzlich 125 Tausend Euro für Wiederaufbau von zerstörten Energieobjekten bereit](#)

NZZ:

[Russische Milliarden für die Ukraine: USA und EU haben unterschiedliche Pläne](#)
[Zelenskiy allows the start of controlled arms exports vom 29.10](#)
[Ukraine: Entwicklungsministerin will privates Kapital für Wiederaufbau sichern vom 30.10](#)

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Politik und Informationen+++

Sie möchten Mitglied im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft werden? Dann haben wir eine gute Nachricht für Sie! Denn dieses Angebot steht allen deutschen Unternehmen sowie deutschen Tochtergesellschaften ausländischer Unternehmen offen. Der Ost-Ausschuss öffnet Ihnen die Türen zu den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie Zentralasiens, auf die fast ein Fünftel des deutschen Außenhandels entfällt. Der Ost-Ausschuss bietet Ihnen regionale Arbeits- und Informationskreise, spannende Projekte wie die Unternehmensplattform Grüne Transformation und den Service Desk Ukraine sowie weit über 100 Fachveranstaltungen im Jahr.

Wir bieten Ihnen nicht nur aktuelle und teils exklusive Länder- und Brancheninformationen, sondern wir unterstützen Sie auch aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilaterale Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in die Region. Als Mitglied profitieren Sie von unseren engen Kontakten zur Bundesregierung und den Regierungen unserer Zielländer. Und das Beste: Eine Mitgliedschaft ist günstiger, als Sie denken, und zahlt sich schnell aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerks in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! [Hier](#) finden Sie weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft.

Kontakt



Alena Akulich
Regionaldirektorin Osteuropa
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
T. +49 30 206167-113
A.Akulich@oa-ev.de



Kateryna Kyslenko
Leiterin Service Desk Ukraine
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
T. +49 30 206167-129
K.Kyslenko@oa-ev.de

Service Desk Ukraine im Ost-Ausschuss

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft hat im August 2022 einen Service Desk Ukraine etabliert. Mit ihm vernetzen wir deutsche und europäische Unternehmen und Wirtschaftsverbände mit ukrainischen Partnern, um konkrete wirtschaftliche Soforthilfe zu leisten und den Wiederaufbau in der Ukraine zu fördern. Seit Oktober 2022 veröffentlichen wir monatlich das „Update Recovery Ukraine“, das über die Nothilfe sowie wirtschaftlichen Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau der Ukraine informiert. Das Update wird in deutscher Sprache veröffentlicht. Wenn Sie es kostenlos abonnieren möchten, nehmen Sie bitte Kontakt mit uns auf. Die bisher erschienenen Ausgaben finden Sie hier: „Update Recovery Ukraine“.

Unterstützt wird der Service Desk von folgenden Unternehmen, bei denen wir uns herzlich bedanken:



Deloitte.



Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln



Pressekontakt:

Andreas Metz | Leiter Public Affairs
A.Metz@oa-ev.de
T. +49 (0)30 206167-120
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.ost-ausschuss.de



@OstAusschuss